

# Bezirksverordnetenversammlung Neukölln von Berlin

## XVIII. Wahlperiode



### Protokoll

#### 43. öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

**Sitzungstermin:** Donnerstag, 18.02.2010  
**Sitzungsbeginn:** 17:00 Uhr  
**Sitzungsende:** 19:20 Uhr  
**Ort, Raum:** Jugendclub Manege, Rütlistraße 1 in 12045 Berlin

#### Anwesende:

Finger, Jutta	SPD	
Jendralski, Dieter	SPD	Vertretung für: Pohl, Manuela
Knörr, Sabine	SPD	
Daum, Björn	CDU	Vertretung für: Khalil, Nader
Schwarzer, Christina	CDU	
Wagner, Heinz	Grüne	
Wittke, Franz	FDP	
Rühlmann, Wolfgang	GRAUE	
Ahrens, Jens Holger	AWO Südost e.V.	
Becker, Hans-Peter	Katholische Kirche	
Haese, Axel	Human. Verband	
Heeb, Bernhard	Nachbarschaftsheim	
Heinemann, Gabriele	Mädchenarbeit	
Honisch, Manuel	SJD-Die Falken	
Knoller, Elisabeth	Kinderschutzzentrum	
Lemming, Siegfried	Diakonisches Werk	
Petzold, Olaf	Evangelische Kirche	
Vonnekold, Gabriele	JugDez	
Dr. Gallus-Jetter, Gabriele	JudDir	

#### Mitarbeiter der Verwaltung:

Harras, Katrin	JugDez1
Thurley, Marion	JugFS L
Weylandt, Thomas	Jug JGH L
Neander, Irina	Jug FS 12

#### Gäste:

Richter, Sylvia	Berliner Woche
Dennstedt, Kathrin	Malteser Familienzentrum
Dantschke, Claudia	Zentrum Demokratische Kultur
Potschka, Anita	EJF, KJHZ Neukölln
Zander, Martina	Jugend- und Sozialwerk gGmbH
Schwarz, Oliver	Sportjugend
Stratmann, Martin	Paritätischer Wohlfahrtsverband
Wälde, Eva	Mädchenarbeit
Gesenhoff, Judith	Ev. Kirche

## Abwesende:

Pohl, Manuela	SPD	entschuldigt
Khalil, Nader	CDU	entschuldigt
Karaaslan, Gülaysan	LINKE	entschuldigt
Gelfert, Karin	Junge HumanistInnen	entschuldigt
Kohn, Ivetta	Behindertenarbeit	unentschuldigt
Meinecke, Wolfgang	Bezirksschulbeirat	entschuldigt

Frau Finger begrüßt die Ausschusssmitglieder, die Gäste und die Mitarbeiter der Verwaltung. Sie stellt fest, dass die Einladung allen Ausschusssmitgliedern rechtzeitig zugegangen ist und eröffnet die 43. Sitzung des Jugendhilfeausschusses.

### **zu 1 Kiez AG**

Es sind keine Vertreter der Kiez AG anwesend.

### **zu 2 Modellprojekt Neukölln - Bestandsaufnahme des Modells und die geplante Ausweitung auf ganz Berlin**

Das vereinfachte Jugendverfahren regelt sich in den §§ 76-78 JGG (Jugendgerichtsgesetz). Die Besonderheit dabei ist, dass es keiner Anklage bedarf und keine Fristen gelten. Das hat den Vorteil, dass nicht schon 3-6 Monate nach der Straftat vergangen sind, bevor der Fall zur Verhandlung kommt. Das Zusammenspiel mit den Mitarbeitern der Polizei ist dabei von großer Bedeutung, damit nicht jeder Fall gleich behandelt wird, sondern sobald eine einfache Beweislage und keine schweren Straftaten vorliegen, das vereinfachte Jugendverfahren eingeleitet werden kann. Dies ist ohne Schaffung der rechtlichen Voraussetzungen seitens des Gesetzgebers jedoch nur auf Jugendliche, nicht auf Heranwachsende (18 bis unter 21 Jahre) anwendbar.

Die Anträge um Fälle im vereinfachten Verfahren abzuhandeln können mündlich, telefonisch oder schriftlich gestellt, die Akte kurzfristig per Bote geschickt, sowie die Jugendgerichtshilfe unterrichtet werden, sodass die Verhandlung möglichst zeitnah stattfinden kann. Nach der Verhandlung unterrichtet Fr. Heisig den/die jeweilige/n Mitarbeiter/in der Polizei. Datenschutzrechtlich bestehen dabei keine Bedenken; außerdem trägt dieses Vorgehen nebenbei zur Motivation der Mitarbeiter bei.

Seit der Einführung des Verfahrens Anfang 2008 gab es ca. 180 Verhandlungen diverser Delikte dieser Form. In 35 % der Fälle wurden Freizeitarreste verhängt. Gleichzeitig ist ein Rückgang schwerer Straftaten von 24 % zu verzeichnen, ob hier Zusammenhänge bestehen, könnte allerdings nur eine wissenschaftliche Evaluation nachweisen.

Spätestens im September 2010 soll das Verfahren berlinweit eingeführt werden. Dazu werden Schulungen in den Abschnitten der Direktion 2, 3, 4 und 6 durchgeführt. Wenn dann ausreichende Fallzahlen vorliegen, kann das Verfahren auf seine Wirksamkeit hin evaluiert werden.

Herr Ahrens möchte wissen, wieso das erst jetzt so publik wird, da dieses Verfahren ja eigentlich nicht neu ist.

Das Verfahren an sich existiert schon länger, nur die Handhabung, beispielsweise die verkürzten Wege der Absprachen und Vernetzungen von Polizei, Staatsanwaltschaft, Jugendgericht und der Jugendgerichtshilfe ist verbessert worden.

Weitere Informationen können dem Protokoll beigefügten Thesenblatt entnommen werden.

### **zu 3 Keine Zusammenarbeit mit der Islamischen Gemeinschaft Milli Görüs Drucksache: 1308/XVIII**

Frau Schwarzer teilt mit, dass ihr Antrag auf einer zurückliegenden Großen Anfrage beruht. Sie kann es nicht für gut heißen, wenn das Bezirksamt eine Vereinigung wie Milli Görüs zu Veranstaltungen einlädt und ihr damit eine Plattform bietet, um ihre Ziele in der Öffentlichkeit zu publizieren.

Frau Vonnekold kann diesen Antrag nicht nachvollziehen. Sie sieht die Einladung eher als eine Chance, um Mitarbeiter, die unmittelbar zusammen mit Jugendlichen arbeiten, über die Gruppie-

rung zu informieren und ihnen die Chance für eine Einschätzung zu bieten. Dabei ging es eher um eine kritische Auseinandersetzung mit der Vereinigung.

Frau Heinemann (MaDonna Mädchenzentrum) ist sehr verärgert über den Antrag. Dem Antrag nach hört es sich an, als wenn das Bezirksamt mit dem Verein Milli Görüs zusammenarbeitet. Im Gegenteil, beispielsweise erfolgt in Veranstaltungen wie „Islam in Neukölln – Dialog und Kontroverse“ eine kritische Auseinandersetzung mit Vereinen dieser Art, und es wird versucht, den Unterschied zwischen Islam und Islamismus klarzumachen. Dieses wurde auch schon im Jugendhilfeausschuss unter der Anwesenheit von Frau Schwarzer besprochen.

Frau Schwarzer kann sich daran nicht erinnern und würde sich darauf einlassen, den Antrag dahingehend abzuändern, dass Wort „mehr“ zu streichen.

Herr Ahrens findet es unnötig diesen Antrag zu stellen, da allen klar ist, dass mit Milli Görüs nicht zusammengearbeitet wird, dies nie geschehen und auch nicht angedacht ist. Er und weitere Mitglieder des Jugendhilfeausschusses legen Frau Schwarzer nahe, den Antrag zurückzunehmen.

Frau Schwarzer ist nicht bereit, den Antrag zurückzunehmen.

Um den Jugendhilfeausschuss über Milli Görüs zu informieren, wurde Frau Dantschke als Referentin in den JHA eingeladen. Sie ist Arabistin und arbeitet seit 1993 als freie Journalistin zu den Themen Islam, Islamismus, Antisemitismus sowie Migration und Integration. Seit 2001 ist sie unter anderem wissenschaftliche Mitarbeiterin der Gesellschaft Demokratische Kultur gGmbH Berlin (ZDK) und zu dem Thema Islamismus (Organisationen, Strukturen und Einstellungsmuster) als Autorin und Beraterin tätig.

Im Bezug auf Milli Görüs existiert keine öffentliche Debatte. In Berlin tritt die Vereinigung als Religionsgemeinschaft auf und öffnet sich somit an den Schulen den Weg zum Religionsunterricht. Seit Jahren beschäftigt sich Frau Dantschke schon mit Milli Görüs. Die Strukturen transparent zu machen, ist jedoch sehr umfangreich und anstrengend. 1980-2001 sendete Milli Görüs unbehelligt auf den Berliner Mischkanal/Spreekanal ein täglich einstündiges TV-Programm (TFD). Eine Stunde lief das Programm auf Deutsch, den Rest der Woche in türkischer Sprache. Europaweit gehören ca. 80.000 aktive Mitglieder zur Vereinigung, davon 60.000 aus Deutschland. Die Mitgliederzahl steigt zurzeit nicht an, hält sich weiterhin auf einem hohen Niveau. Milli Görüs ist landsmannschaftlich organisiert, d. h., die Kinder werden in die Vereinigung hinein geboren. Außerdem haben sie eine starke Kinder- und Jugendarbeit. Der Kontakt zu den Kindern und Jugendlichen wird eher über das elterliche Zuhause gesucht als über die Moschee. Dadurch stärken sie weiterhin ihre Verschleierung.

Für weitere Informationen empfiehlt Frau Dantschke die ZDK-Publikation:

"Muslime - ihre Einrichtungen und Vereine im Berliner Bezirk Neukölln"

Überblick über die Strukturen und ihre religiösen sowie politischen Ausrichtungen

Eine Handreichung für die Jugendarbeit (Umfang: 83 Seiten, November 2009)

Inhaltsverzeichnis: **Erläuterungen zu religiösen Strömungen im Kontext Islam** (Anatolische Alleviten, Schiiten, Sufi-Gemeinden, Türkische Sunniten der türkisch-islamischen Synthese, Sunnitisch-panislamische Gruppierungen); **Einrichtungen und Vereine in Berlin-Neukölln** (Anatolische Alleviten, Zwölfer-Schiiten (Imamiten), Sunnitische nationale Gemeinden, Sunnitische Sufi-Gemeinden - islamische Mystik, Sunniten der Türkisch-Islamischen Synthese, Sunnitisch-panislamische Gruppierungen)

Exemplare sind zum Stückpreis von 20 Euro pro Exemplar erhältlich.

Anfragen per E-Mail an: [info@zentrum-demokratische-kultur.de](mailto:info@zentrum-demokratische-kultur.de)

Auch nach den Ausführungen von Frau Dantschke ist Frau Schwarzer trotz Anregung mehrerer Ausschuss-Mitglieder nicht dazu bereit, den Antrag zurückzunehmen. Frau Finger bittet sodann um Abstimmung des Antrages. Der Antrag wird mit 2 Zustimmungen, 10 Gegenstimmen und zwei Enthaltungen abgelehnt.

#### zu 4 **Keine Homophobie in Neuköllner Jugendeinrichtungen** **Drucksache: 1309/XVIII**

Auch diesen Antrag kann Frau Vonnekold schlecht nachvollziehen. Während Frau Schwarzer das Bezirksamt ersucht, Jugendliche über die Thematik „Homophobie“ aufzuklären und in der Hinsicht zu sensibilisieren, beschäftigt sich das Bezirksamt seit mehreren Jahren schon damit.

Als Beispiel führt Frau Vonnekold den Wettbewerb „Respektbotschafter“, veranstaltet vom Lesben- und Schwulenverband Berlin-Brandenburg an, den der Neuköllner Girls Club „Schilleria“ mit seinem Beitrag „Laura und Haifa“ gewann.

Beleidigungen und Diskriminierungen in Einrichtungen werden nicht geduldet, sondern werden thematisiert. Frau Vonnekold ist sich sicher, dass alle Einrichtungen im Umgang mit der Thematik sensibilisiert sind. Der Leiter des Jugendclubs „Manege“ bestätigt dieses. Kommt es im Bezug auf die Thematik Homophobie zu Diskriminierungen, wird dies mit den Jugendlichen debattiert und aufgeklärt.

Frau Schwarzer meint, dass es noch zu wenig Bemühungen gibt, die Jugendlichen im Bezug auf das Thema Homophobie zu sensibilisieren. Sie schlägt vor, Vertreter aus passenden Institutionen zur Aufklärung in die Einrichtungen einzuladen.

Frau Vonnekold und Frau Thurley betonen wiederholt, dass man in allen Einrichtungen bemüht ist, den Jugendlichen in den Einrichtungen die Thematik näher zu bringen und weisen darauf hin, dass dies sogar Teil des Leitbildes des Jugendamtes ist.

Frau Schwarzer sind dies aber zu wenig Bemühungen, sodass sie ihren Antrag aufrecht erhält.

Frau Finger bittet sodann um Abstimmung des Antrages. Der Antrag wird mit 4 Zustimmungen, 7 Gegenstimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

## zu 5 Mitteilungen

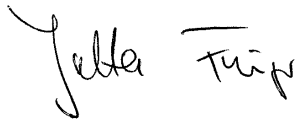
- Letzte Woche gab es zahlreiche kritische Berichte über die Unterbringung eines Neuköllner Jugendlichen in Kirgisien. Frau Vonnekold möchte die kritischen Bemerkungen in Richtung des Jugendamtes zum Anlass nehmen, kurz über den Fall zu berichten. Nachdem der damals 11-jährige Junge und seine Familie nach Berlin gekommen waren, fiel er hier sofort strafrechtlich auf. Er soll mehr als 100 Straftaten begangen haben. Allen Versuchen seitens des Jugendamtes, sein Verhalten zu ändern, hat er sich vehement entzogen. Es erwies sich als unmöglich, in Berlin oder im Umland eine Einrichtung zu finden, die sowohl seinem Alter als auch dem speziellen Betreuungsbedarf des Jungen entsprach. Da man in auch in ganz Deutschland keine Einrichtung gefunden hat, die bereit war, den Jungen aufzunehmen, entschied man sich im Einvernehmen mit der personensorgeberechtigten Mutter dafür, ihn auf einem Bauernhof in Kirgisien unterzubringen. Die Einrichtung versucht, schwer erziehbaren Kindern und Jugendlichen einen sozialen Rahmen zu geben, damit sie ihr Leben ändern. Dort ist er nun seit einem Jahr untergebracht. Die regelmäßigen Berichte zeigen eine relativ gute Entwicklung des Jungen auf. Er nimmt die angebotenen Aktivitäten an und schafft es, sich an die dortigen Strukturen zu halten. Leider ist er noch nicht ganz straffrei. Auch der Versuch, ihn wieder in die Schule zu geben, ist leider gescheitert. Er bekommt deshalb weiterhin eine Einzelbeschulung. Da der Junge sich dort positiv entwickelt, aber noch nicht so weit ist, wieder zurück zu kommen, hat man beschlossen ihn erst einmal dort zu lassen.
- Bezüglich der diese Woche in der Presse thematisierten Unterbringung beim Evangelischen Jugend- und Fürsorgewerk (EJF) dreier Jugendliche aus Berlin, die Medienberichten zufolge einen Mitbewohner über mehrere Wochen schwer misshandelt haben sollen, teilt Frau Vonnekold mit, dass kein Neuköllner Jugendlicher dort untergebracht ist. Die Vorfälle waren daher hier nicht bekannt.
- Den Wettbewerb "Respektbotschafter" hat der Filmbeitrag "Laura und Haifa" von Kader Metin, Zeinab Hassun und Zineb Boukhari vom Schilleria Girls Club Neukölln gewonnen. Das hat eine neunköpfige Jury diese Woche entschieden. Der vom Lesben- und Schwulenverband Berlin-Brandenburg (LSVD) e.V., dem Stadtmagazin Siegessäule und dem Social Bookmarking Portal Mister Wong organisierte Wettbewerb stand unter dem Motto "Meine Message für Toleranz: Lesben und Schwule gehören zu uns". Zu der Entscheidung der Jury erklärt Staatssekretär Thomas Härtel: "Mit dem Beitrag "Laura und Haifa" vom Schilleria Girls Club werden die Themen Liebe, Homosexualität und Respekt eindrucksvoll vermittelt. Besonders authentisch wirken die darin geschilderten Konflikte der beiden lesbischen Frauen mit ihrem Elternhaus. Das Bedürfnis und Streben nach selbstbestimmter Liebe und Respekt ist nicht nur legitim, sondern muss von uns allen unterstützt werden. Kader Metin, Zeinab Hassun und Zineb Boukhari sind sehr gute Respektbotschafterinnen für Berlin."
- Heute fand die Auftaktveranstaltung des Neuköllner Bündnis – Miteinander für Demokratie, Toleranz und Vielfalt in der Evangelischen Schule statt.

- Der Mädchenstadteylladen ReachIna lädt am 08.03.2010 ab 16 Uhr herzlich zur Feier des 10-jährigen Geburtstages ein.
- Die 2. überarbeitete Auflage der Broschüre „Spielplätze in Neukölln“ ist vom Naturschutz- und Grünflächenamt herausgegeben worden. Exemplare können bei Herrn Kruse (Abt. Bauwesen) bestellt werden.
- Auf der Internetseite des Bezirksamtes Neukölln ist seit dieser Woche die von der Johannissthaler Forschungstechnik GmbH aktualisierte Version des Wegweisers für Kindertagesbetreuung einzusehen. Er bietet eine Reihe von Informationen über die Kindertagesstätten und erstmalig auch Tagespflegestellen im Bezirk.
- Die aktuelle Broschüre der Arbeitsgruppe „Väter und Jungs“ in der Region NordOst mit einer Zusammenfassung der Aktionen 2009 und dem Ausblick 2010 wird später an Interessenten verteilt.

#### zu 6 Nächste Sitzung

Der nächste Termin des Jugendhilfeausschusses wird am 18.03.2010 stattfinden. Der Ort wird mit der Einladung bekannt gegeben.

Berlin-Neukölln, den 9. März 2010



Jutta Finger  
Vorsitzende des Ausschusses

Harras  
Protokollführung